

Er erscheint täglich
besonders mit Ausnahmungen
bei Sonn- und Feiertagen.

Abonnementpreis
monatlich 30 Pfg.
vierteljährlich 1.50 Mk.
vierteljährlich 1.50 Mk.
Durch die Post bezogen
1.66 Mk. zinkl. Postgebühren.

„Die Neue Welt“
(Wochenblatt) 30 Pfg.
durch die Post nicht bezogen
1.66 Mk. zinkl. Postgebühren.

Telephon Nr. 1047.
Telegraphen-Nachricht:
Postfach 1047.

Die Welt

Sozialdemokratisches Organ

Inseratengebühr
betragt für die Spaltenzeile
für einen Monat 20 Pfg.
Für die Spaltenzeile für einen
Monat 20 Pfg. Für die Spaltenzeile für einen
Monat 20 Pfg. Für die Spaltenzeile für einen
Monat 20 Pfg.

Inserate
für die Spaltenzeile
für einen Monat 20 Pfg.
für einen Monat 20 Pfg.
für einen Monat 20 Pfg.

Einlagen in die
Postkassette.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geisstr. 21, Hof 2 Cr. Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 Cr.

Eine Ehrenkränkung.

Am Sonnabend ist in Berlin von der vierten Strafkammer
des Landgerichts I ein Urteil gefällt worden, das unbegreiflich
erscheinen müßte, wenn auf dem Gebiete der Rechtspflege
überhaupt noch etwas unbegreiflich wäre. — Der praktische
Arzt Dr. Magnus Hirschfeld in Charlottenburg hat sich seit
einem Jahrzehnt mit dem Studium einer ungemein schwierigen
Frage beschäftigt, mit der Homosexualität. Man berichtet
darunter die geschlechtliche Zueignung eines Mannes oder
Weibes zu einer Person als die Geschlechts. Während als
normaler Zustand die Zueignung des Mannes zum Weibe und
umgekehrt gilt und während der gleichgeschlechtliche Verkehr
als latterhafte Verirrung betrachtet wird, bemühte sich
Dr. Hirschfeld, den Nachweis zu erbringen, daß die Natur
nicht nur Männer und Weiber schafft, sondern daß es eine
sehr erhebliche Anzahl von Personen gibt, die geschlechtliche
Zwischenstufen zwischen Mann und Weib darstellen und deren
geschlechtlichen Neigungen dementsprechend als normal er-
scheinen.

Daß geschlechtliche Zwitterbildungen vorkommen, ist zwar
längst bekannt gewesen; aber man hielt das für seltene Aus-
nahmefälle, und man beachtete nicht, daß die von der Norm
abweichenden Bildungen aus naturnotwendig auf die geschlecht-
lichen Neigungen der Betroffenen von bestimmendem Einflusse
sein müssen. Unser Strafgesetz stellt in § 175 den gleich-
geschlechtlichen Verkehr unter Strafe, und es erachtet diesen
Geschlechtsverkehr für so verwerflich und latterhaft, daß auch
auf Verlaßt der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden darf.
Doch schon bei Fassung des Strafgesetzes tritt eine auffällige
Inkongruenz zu Tage. Es wird nämlich nur der gleich-
geschlechtliche Verkehr zwischen Männern bestraft, nicht auch
der zwischen Frauen. Dr. Hirschfeld wurde zu einem genaueren
Studium des homosexuellen Problems veranlaßt durch den
Selbstmord eines homosexuellen Offiziers, der dem Strafgesetz
nicht verfallen wollte und in der Verzweiflung zum Revolver
griff. Sobald bekannt wurde, daß Hirschfeld Material zur
Lösung des Problems zusammenzutragen, meldeten sich ihm aus
ganz Deutschland zahlreiche der Unglücklichen, die unter dem
Joch eines Vorurteils leben und leiden müssen. Schon
damals wurde offenbar, daß die Zahl der Homosexuellen viel
größer war, als man gekannt hatte. Die erste Folge war eine
Reihe von den verschiedensten in weicher aus medizinischen und
juristischen Gründen die Anwendung des § 175 geächtet wurde.
Königliche und juristische Autoritäten, wie Krafft-Ebing, v. List,
Wendel, Stübner, v. Vienthal, Günterberg, unterschrieben die
Petition, der auch andere bekannte Persönlichkeiten beitrugen,
wie Bebel, Gerhard Hauptmann, v. Widenorff, Kauffach,
Max Liebermann, v. Kintner. Später sind über 2400 prakti-
sche Aerzte auf Grund ihrer Erfahrungen der Petition bei-
getreten. Es bildete sich unter Leitung Hirschfelds ein wissen-
schaftlich-humanitäres Komitee, das eine Reihe von Schriften
über die Homosexualität herausgab, in Jahrzehnten das ge-
samelte Material veröffentlichte und auch sonst eine rege
Agitation entfaltete.

Die erste Petition an den Reichstag nahm ein klägliches
Ende. Die Petitionskommission beschloß, sie für ungeeignet zur
Erörterung im Plenum zu erklären, weil eine Verpöndung der
Angelegenheit im Reichstage unethisch wäre. Das Zentrum,
die Konservativen und auch die Liberalen stimmten dem sozial-
demokratischen Antrag, die Petition der Regierung zur Verdis-
kussion oder mindestens als Material für Überlegen, nieder.
So jedes Verständnis für waren die Herren einer schmerz-
wiegenden Frage gegenüber. Ein sozialdemokratisches Mitglied
der Petitionskommission machte zwar vom geschäftsordnungs-
mäßigen Rechte Gebrauch und sammelte dreißig Unterschriften
für den Antrag, die Petition trotz des Vetos der Kommission
an das Plenum zu bringen, die nötigen Unterschriften waren
auch bald zusammen, aber trotzdem wurde die Petition gleich
anderen von Jahr zu Jahr verschleppt, und sie gehörte zu
den zahlreichen Zeichen, die bei Schluß der vorigen Legislatur-
periode begraben worden sind.

Das wissenschaftlich-humanitäre Komitee ließ sich durch den
ersten Reichstag nicht beirren. Auf einer vorigen Jahr abge-
haltenen Konferenz wurde eine statistische Kommission gebildet,
der die Aufgabe oblag, durch Umfragen die etwaige Zahl der
Homosexuellen zu ermitteln. Zu diesem Zwecke wurden 9000
Fragezettel an einzelne Personen versandt. Nachdem in einem
Anschreiben die Bedeutung der Umfrage ausdruddrückt worden
wurden die Befragten aufgefordert, ihre Antwort auf einer
Postkarte mit Vordruck, ohne Angabe ihres Namens, nur durch
Untersignierung gewisser Buchstaben, deren Bedeutung lediglich
dem Komitee bekannt war, an dieses gelangen zu lassen. Sechs
Studenten der technischen Hochschule in Berlin, die sich unter
den Befragten befanden, nahmen daran „Bergens“ und er-
statteten Anzeige. Die Umfrage war insofern von Erfolg,
als das Komitee auf Grund der Antworten den Schluß glaubte
ziehen zu dürfen, daß etwa zwei Prozent aller Deutschen homo-
sexuell veranlagt sei. Das würde für Deutschland die unge-
fähre Ziffer von etwa 125000 Personen ergeben.

Die Anklage war gegen Dr. Hirschfeld gerichtet und lautete
auf Verleumdung und auf Verbreitung unsüchtiger Schriften.
Zwei der sechs Studenten hatten den Strafantrag zurück-
gezogen, vier hielten ihn aufrecht. Die Verhandlung fand unter
Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Als Sachverständige waren
geladen Geheimrat Sanitätsrat Dr. Rüster, Medizinalrat Dr. Lipp-
mann und praktischer Arzt Dr. Metzger. Sie befanden sich über-
einstimmend, es habe sich bei der Umfrage um ein rein wissen-
schaftliches Unternehmen gehandelt, für das nur der Weg einer
Enquete gangbar war. Weder von Verleumdung noch von Ver-
breitung unsüchtiger Schriften könne dabei die Rede sein.

Staatsanwalt Hellwig verantrat nicht den sittlichen Ernst,
der zweifellos bei dem Angefallenen vorliege, er sei liege doch
eine Verleumdung und die Verbreitung unsüchtiger Schriften
vor; es sei auf 500 Mk. Geldstrafe zu erkennen. Die Ver-
teidiger, Justizrat Bronner und Rechtsanwalt Wodgesner, be-
antragten Freisprechung. Sie hätten es anfänglich für unangö-
glich gehalten, daß wegen der Umfrage Anklage erhoben werden
könne; denn es handle sich nicht um ein unethisches Ver-
fahren sondern um eine aus tiefem Vergegen unternehmene, mit sitt-

licher Strenge durchgeführte Arbeit. Der Angefallene führte
aus, erst dieser Tage wieder habe sich ein Student der technischen
Hochschule verurteilt, weil er homosexuell veranlagt sei, ein anderer
Student habe sich aus gleichem Anlasse durch die Brust ge-
schossen. Die Umfrage solle die Menschheit von einem Mafel
befreien helfen, an den sie ermit mit tiefer Beschämung zurück-
denken werde.

Die Beratung des Gerichtshofes dauerte lange Zeit. Das
Urteil lautete auf 200 M. Geldstrafe. In der Begründung
führte Vorkammerdirektor Doppermann aus, der wissenschaft-
liche Zweck der Anklageerhebung sei nicht zu verkennen, aber
diesem Umstände die Anwendung des Begriffs „unsüchtige
Schrift“ ausgeschlossen, allein obgleich ehrenkränkend sei es,
wenn der Angefallene von Urteilen, die er nicht kenne und von
deren sittlichen Anschauungen er nichts wisse, Auskunft über
ihre geschlechtlichen Neigungen verlange und eventuell das Be-
kenntnis wünschig, daß sie etwas tun, was unethisch, unrichtig,
und zur Zeit noch strafbar sei. Durch den wissenschaftlichen
Zweck der Umfrage werde ihre objektiv ehrenkränkende
Charakter nicht beeinträchtigt, denn die Wissenschaft habe auch
die Verpflichtung, vor dem Geiste Halt zu machen.
Der Antrag des § 193, Wagnahme berechtigter Interessen,
sei dem Angefallenen nicht zugubilligend, da dieser Verstoß
hier überhaupt nicht Anwendung finden könne. Das wissen-
schaftliche Interesse sei nicht höher als die Achtung vor der
Person. Sei die Umfrage nicht strafbar, so seien solche Fragen
auch an Wächterposten erlaubt, oder jemand würde be-
rechtigt sein, einen ihm Unbekannten auf der Straße anzus-
prechen und eine derartige Frage in drastischer Form an ihn
zu richten. Ein solcher Rechtszustand sei unhaltbar. Mit Rück-
sicht darauf, daß der Angefallene aus edlen und anerkennt-
werten Motiven gehandelt hat und inredend niedrige Gefühls-
punkte sich gezeigt haben, mit Rücksicht andererseits darauf,
daß durch derartige Mittel, selbst wenn sie in den Dienst der
Wissenschaft gestellt werden, jungen Leuten das leicht fitt-
liche Schand anzugelassen werden kann, hat der Gerichtshof
den Angefallenen zu 200 M. Geldstrafe eventuell 20 Tagen
Gefängnis verurteilt.

Dieses Urteil und seine Begründung wird länger in der Er-
innerung bleiben als die Namen der erkennenden Richter. Was
nicht die Anerkennung des rein wissenschaftlichen Zweckes, der
edlen Motive, wenn trotzdem das Schuldig ausgesprochen wird?
Wenn wir der Begründung mit unserem Laienverstand folgen
können, so würden wir zu einem anderen Ergebnisse gelangt
sein als die Richter. Wir würden den Angefallenen wegen Ver-
breitung unsüchtiger Schriften verurteilt haben, nicht wegen Ver-
leumdung. Unsere Zeit ist jedoch glücklicher als weit gekommen,
daß der Jurist den Laien nicht verfehlt und umgekehrt. Nur
zu beklagen ist die vom Vormärts an den Bericht gefügte Be-
merkung: „Nach dieser Begründung erkläre man auch für den
feineren Geist Gallies geführten Anklageerhebung einig-
maßen verständlich.“ Dabei darf allerdings nicht vergessen werden,
daß die Richter Gallies überhaupt kein Recht der Wissenschaft
anerkannten, daß ihnen die Lehre Gallies feierhaft erwidert
wurde, weil sie der allein gültigen Lehre in der Bibel entgegen-

71 (Nachdruck verboten.)

Der Liebesgockel.

Ein kollektiver Studentenroman von W. H. Gutekunst.

Franz Kaver, der ja so wenig gewandt war, ähnelte zu
Heßen, fühlte sich höchst geschmeichelt in dieser Rolle, und es
fiel ihm wohl, hier eingesetzt zu sein. Er beobachtete meist
und hatte genug zu tun, um über die Ruhe und Sicherheit,
mit der hier alles abzuhandelt wurde, und über die elegante
Lebensfreude, mit der man alles entgegenkam.
Dennoch konnte er gleich von Anfang an eine gewisse Bitter-
keit nicht abwehren, die ihm hart und fast neidlich empfunden
ließ, daß hier wohl kein Verkehr nicht zu suchen sein dürfte,
daß seine färglichen Mittel ihm andere Wege beschnitten
müßten.
Es war ein überaus un-ruher Kreis, in den ihn Götter
eingeführt hatte, und in lebhaften, oft von lautem Lachen durch-
schüttelten Ergänzungen berichteten die einzelnen ihre Lieb-
nisse von der verflornten Nacht, und die kleinste Wichtigkeit,
die einer in trübenner Bewußtlosigkeit ansetzte, gab Ge-
legenheit zu ausgelassenen freudigen Erörterungen.
Wie mußten diese Leute lustig leben, und wo blieb da Zeit
zum Studium, Franz Kaver konnte nur zusehen; so flotte
Dinge hatte er noch niemals erlebt.

Allmählich verlor sich die Gäfte, und die beiden Schul-
freunde wollten, anstatt sich den übrigen auf ihrem Gang zum
Gate Ott anzuschließen, wieder ihre lödungsstündliche auf-
nehmen.
Eine von den Mittagsgäste, der davon hörte, schloß sich
zu ihnen, um ihnen eine Vernehmung, die er in allem
für bestend hielt, von einer geradezu berühmten Prachtwirthin,
einen wahren Gemüthsheilen, wie er behauptete, vorzu-
führen.

Albert, oder wie ihn seine Freunde wegen seiner Bitter-
keit und breiten Ausdrücke nannten, Alwart, war es das Hand-
werk seines Vaters zu erlernen beabsichtigte, und zwar ganz frei-
willig, denn seine Eltern hatten's nicht einmal recht gerne ge-
sehen, zumal sie weder in seiner Fradigkeit noch in seiner

Zugend auch nur einen Funken von Befähigung dazu hatten
entdecken können.
Sein Vater war gestorben und hatte ihm ein schönes Ver-
mögen hinterlassen. So subidierte dem Alwart jahraus, jahr-
ein nach jeder Weise.

Obgleich er über die Dreißig schon weit hinaus war, hätte
man ihn für noch älter halten können, denn sein lahes Ge-
sicht wies Falten und Furchen auf, und sein Haar war
war sein Haar dunkel. Seine Nase war ein komisches Ge-
misch aus der Unfertigkeit des Jünglings und der Abgestanden-
heit des Greises, und nur seine kleinen, überaus klugen, fast
genial blitzenden Augen vermochten einen Fremden sofort zu
fesseln.

Der stumpfsinnige Kern, wenn er nicht wollte, und das war
fast stets der Fall, wenn er noch mähten sah, wurde er von
einem Feuerregen von Witz und Geißel, wenn die altschöne
Erregung ihren Höhepunkt erreichte; dann fiel er leicht fast
ebenfalls pöhllich, als ob er alles verstanden hätte, was in
seinen redend, Anern brodelte, in vollständiger Apathie in
sich zusammen.

Er trant unheimliche Quantitäten, war überall dabei, wo
etwas los war, konnte ganze Gesellschaften unterhalten, leber-
mann seinen Willen aufzuzwingen, und man behauptete, daß er
namentlich feinsten Wadern ganz in seinem Element war, was
vermeint, und vor allem Frauen, trotz seiner ungewöhnlichen
Schädfheit, polträndig willens zu machen verliche.

Verhaft plaudernd gingen die drei die Steintrabe hinauf,
über die Promenade hinweg, den Universitätskaminen zu.
Nach bevor sie so weit gekommen waren, machte Alwart
eine Geste Halt, vier oben wohnte die beste Wittin von
Halle, Zante wunden genannt.
Mit der Fähigkeit, die ein reichlich genossenes Mittagmahl
gibt, beschloßen sie hinaufzugehen.

Es war ein großes Lokal mit vielen Vorderzimmern und
noch mehr Fronten, wie geschaffen, um ein bessere Studenten
abzuvermitteln zu werden.
Ein Wader, ein Strampfwarengeschäft und eine Destillation
erfüllten das Gebäude und liefen Platz und Eingang zu allen
Zeiten so belebt erscheinen, daß man stets ungeniert und
unbeachtet ein und aus gehen konnte.

Im Zuschauersaal aber war ein von jenen Kandidaten-
Cafes untergeschlüsselt, die möglichst viele kleine Zimmer zu

haben wünschten, um sie an sehnstliche Bücher oder an
störungsfreie Spielratten abgeben zu können.

Im Hauptgelaß aber schwebte Alwart mit dem Königs-
stolz einer echten Studentenmutter ihren unruhigen Weisen und
berichtigte, so weit der Platz reichte.

Als die drei Herren vor der vierteiligen Gastüre standen,
um sich nach dem Exzellenzen noch etwas zu verständigen,
so konnten sie deutlich und vernehmlich einen heftigen Lärm im
Inneren der Wohnung hören.

Franz Kaver sah seine Begleiter zweifelnd an. Aber Alwart
meinte lächelnd, daß so was wohl mal vorkomme, wenn man
von den Zimmerherren zu Hause sei, daß aber der letzte
Witz genüge, um stets absolute Ruhe wieder herzu-
stellen.

Indes wurden rasch hintereinander einige Türen zornig auf-
gelesen und ebenso heftig wieder zugeworfen, und pulsierende
Schläge ließen einen Zweifel, daß hier ein Strafgericht auf
tisch, welche ungeheuren Schrecke erstickt wurde.

Darüberhin schmetterte die laut schreiende Stimme eines
kräftigen Weibes und ließ klar erkennen, daß Sand und
Stimme sehr wohl bewußt waren, ihrem Zweck und ihrer
Bestimmung gewachsen zu sein.

„So ein mietaabliges Frauenzimmer,“ konnte man gar deut-
lich vernehmen, und nur einige flüchtige Unterredungen
verlangten ganz wenige Worte, den Mannschaften nachzu-
sehen, so, das kannst, Du Stödel, aber den Treck unten Welt
und Kästen vorziehen, jawohl! Was hast Du bei den Zim-
merherren zu suchen?“ und neue wichtige Worte ließen in ihrer
dumpferen Tonart vernehmen, daß diesmal Alwart aber gar
Heißer die Empfänger waren, ohne freilich die Annahme ver-
wehren zu können.

„Sa lauf nur, Du feines Geißel,“ hörte man nun von Dis-
kurs auf dem Vorlaut weiterpfeifen, das ansehend die damit
Beachte die Flucht ergreifen, wirst schon leben, wohin Du
kommst, wenn Du so weiter machst, überliches Geißel!“,
Wirt noch keine fünfzehn Jahre alt sein und ein Kind haben,
die feinsten Kräfte! Aber gelangst du's? Du bist ein
wahrhaft ich dich auch, und kommt gewiß nicht sagen, daß
ich Dir ein solches Weipiel geb!“

Und ein Velen flog manden Meter durch den Flur und
prallte an dem türrenden Scheiden ab.

Der Krieg in Ostasien.

Es liegt jetzt ein amtlicher Bericht vor, den Admiral Togo über die japanischen Operationen, die zur Sperrung des Hafens von Port Arthur geführt haben, erstattet hat. Danach unternahm die Beschießer- und Torpedobrigade mit acht Dampfern am 11. bis 5. Mai den Versuch, Port Arthur zu blockieren. Ein wichtiger Hindernis war die Eisenbahn. Der Versuch des Kommandeurs, sie einzustellen, erreichte das Geshindere nicht. Die acht Dampfer gingen trotz des feindlichen Feuers mit Holzdampf auf die Hafenmündung. Fünf erreichten sie; zwei davon durchdrangen den Sperrebaum und gelangten weiter hinein. Der Eingang wird für Weizmann verperrt gehalten, wenigstens für Sechschiffahrt und Kreuzer. Drei Schiffe wurden vor der Mündung in den Grund gebohrt. Die Flotte rettete die Hälfte der Mannschaften der verunfallten Schiffe. Der Kommandant von Port Arthur, General Stibel, hat einen Tagesbefehl an die Garnison erlassen, der große Kämpfe in Aussicht stellt und recht wenig optimistisch klingt. — Die Russen wollen noch mehr Truppen auf den Kriegsschauplatz werfen. Es wird darüber aus Petersburg gemeldet: Infolge der Unzulänglichkeit der russischen Truppen sind nunmehr umfangreiche Verstärkungen des manövrierfähigen Heeres ins Auge gefaßt worden. Es soll vor allem die bereits begonnene Mobilisierung einer Drenburger Infanteriedivision, sowie einer Ural-Infanterie-Division beschleunigt werden, und am 15. Mai die Mobilisierung des 10. Armeekorps (Gurkoff) und des 17. Armeekorps (Moskau) beginnen. Auch sollen sämtliche alibi-Infanterie-Regimenter Ersatzformationen erhalten. Ein russisches Eisenblazarett von China ein angegriffen. Ein spät in Petersburg am Sonntag eingetroffenes Telegramm an das rote Kreuz aus Münden berichtet, daß chinesische Räuber eine russische Ambulanz angegriffen haben und sämtliche Pfleger, begleitende Soldaten und Verwundete niedermetzten. Die Meldung ist noch nicht amtlich bestätigt, doch ruft sie ungeheure Wut hervor. Sollte sie sich bewahrheiten, so dürfte ein scharfer Notwendigkeit. Abbruch aller diplomatischen Beziehungen mit China erfolgen.

Die Niederknüttelung der Leipziger Frankenkasse.

In Leipzig ist am Sonnabend durch ein Nachwort der Kreishauptmannschaft der Streit zwischen den Ärzten und der großen Ortskrankenkasse mit 140 000 Mitgliedern zu ungunsten der letzteren beendet worden. Im Vorhinein hatte noch vor einigen Wochen der Minister v. Meißel erklärt, der Kölner Weg, bei dem die Regierung einfach die Anerkennung der Ärzteforderungen befehlige, sei nicht gangbar. Jetzt hat die sächsische Regierung doch denselben Weg betreten und das Selbstverwaltungswesen der Krankenkassen konfirmiert, indem sie am Grund 66a des Kr.-Verf.-Ges. schließlich einen Vertrag mit den unterliegenden Ärzten abgeschlossen, die freie Arztwahl angeordnet und das von der Kasse eingeführte Diktirarsystem aufgehoben hat. Am 16. April forderte die Kreishauptmannschaft die Anstellung von 98 Ärzten bis zum 25. April. Am Abend dieses Tages konnte der Kassenvorstand das Vorhandensein von 78 Ärzten und den Vertragsabschluss mit noch weiteren acht Ärzten, die bis zum 1. Mai ihre Tätigkeit aufnehmen würden, angeben; für Befolgung der folgenden 17 Ärzte wurde eine Frist von vier Wochen erbeten. Die Kreishauptmannschaft erklärte sich zwar nicht für befriedigt, verständigte aber noch am 26. April die in Leipzig freitenden Ärzte, eine Anzahl von weise Entzerrung der neuen Diktirarsysteme aus dem Kassendienst sei von vornherein ausgeschlossen. Das war vor vier Wochen. Obwohl inzwischen die Zahl der amtierenden Sanitätsärzte auf 88 geliegen war und keine Beschwerde über Ärzte-Mangel geführt wurde, schloß plötzlich die Kreishauptmannschaft mit dem Vortzerring einen Vertrag ab ohne Zuziehung des Kassenvorstands. Am Sonnabend wurde vom Kreishauptmann verfügt, das Diktirarsystem sei aufgehoben und die freie Arztwahl eingeführt. Die wichtigsten Vertragsbestimmungen sind: Die Verträge der Ärzte werden mit den ärztlichen Bezirksvereinen abgeschlossen.

Das Diktirarsystem ist ebenfalls aufgehoben. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wird ein Einigungs-Kommission und Schiedsgericht geschaffen. So lange die Familienbehandlung abgelehnt bleibt, beträgt das Honorar pro Kopf und Jahr des Einzelmitgliedes 5 Mark. Damit sind die Ärzte Sieger geblieben, nicht durch ihr Recht, nicht durch ihre Macht, sondern durch einen Gewaltakt der Regierung. Recht ist! Es gibt immer noch einige Menschen, die sich über die Natur unseres heutigen „Rechtsstaates“ nicht völlig klar sind. Köln und Leipzig zeigen ihnen, wie der Rechtsstaat arbeitet, wenn er seine Hilfe leiht, und zu welchen Mitteln er greift, um den Ärzten ein handbegemmes Einkommen zu sichern. Der Vertragserfolg von 1904 wird für spätere Zeiten ein wertvolles Dokument bilden für die Beurteilung der gegenwärtigen rechtlichen und sozialen Verhältnisse.

Briefkasten der Redaktion.

A. und B. in B. G. gewiß! Im vorigen Jahre wurden in Deutschland rund 1 1/2 Millionen Zentner Petroleum, genau 62 800 Tonnen produziert, im Werte von 4 1/2 Millionen Mark. Der Hauptanteil, etwa zwei Drittel der Gesamtproduktion, entfällt auf die Petroleumwerke von Wölsch u. Steinrück bei Gelle im Hannoverischen. 1892 betrug die Produktion erst eine Million Zentner; sie ist also verdreifacht worden und wird noch mehr steigen, wenn sie auch nicht entscheidend für die Preisbildung in Betracht kommt gegenüber den ungeheuren Produktionsziffern in Benuhlanien und am Kapite.

R. in T. § 291 des Strafgesetzbuchs lautet: „Wer die bei den Übungen der Artillerie verbrauchte Munition, oder wer Viehstehlen aus den Anzeigefängern der Schießstände der Truppen sich unbedeutend ausnimmt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 900 M. bestraft.“

Verantwortlicher Redakteur Ernst Zäumig in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Holzarbeiter Zeitz.
Mittwoch den 11. Mai abends 8 Uhr
große öffentliche Versammlung
im Diana-Saal, Neue Zeitz.
Tagesordnung: Die Folgen des Indifferenzismus. Referent: Kollege Anton Raith, Röhren. — Zutritt frei.
Alle Kollegen und Kolleginnen sind eingeladen.
Der Einberufer.

Unübertroffen in Auswahl und Preisen
ist mein
Spezialgeschäft in Kinderwagen u. Sportwagen.
Neu eingeführt: Veranda- und Korb-Möbel, Marktkörbe, sowie sämtlich feinere Korbsachen für den Haushaltsbedarf, Korbstühle, verstellbare Gartenstühle in jeder Preislage.
Theodor Lühr, Halle a. S., Leipzigerstr. 94.
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

„Germania“.
Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stettin.
Kein Arzthonorar! Sicherheitsfonds: 275 Millionen. Keine Policegebühr!
Keine Volksversicherung! Lebensversicherung von 1000 Mk. ab mit Uebnahme der Invaliditätsgefahr für die durch Unfall oder Krankheit entstandene dauernde Erwerbsunfähigkeit.
An Dividenden sind überwiesen für 1880: 66%, 1881: 63%, 1882: 60%, 1883: 57%, u. s. f. — Auskunft erteilt gern kostenlos schriftlich oder mündlich auch abends nach der Arbeitszeit
Fr. Gossrau, Geiststrasse 21.

Lebensversicherung
Jeder Radfahrer erhält gratis, franco meinen Katalog. Fahrradveranda und haus
Wilhelm Kolbe, Duisburg (Rh.) 35.

Segeltuchschuhe
braune, von Militär getragen, aber sehr gut erhalten, verkauft billig
J. Sternlicht, Alter Markt 11.

60 Flunder u. 3 Aie 2 1/2 A.
30 größere u. 3 Aie 3 1/2 A. u. Madn. Sport-Mäntelerei G. Wegner, Schwimminde A. 22.

Universal-Karten
für **Automobil- u. Radfahrer** (Ladungsformate).
König, Götze, Kahl und Stranzigweig
Preis 1.50 Mk.
Leipzig, Halle und weitere Umgebungen
Preis 1.75 Mk.
Sankt-Resort-Karten Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch die
Vollbuchhandlung, Geißstr. 21.

Spazierstöcke
Naturholz
45, 65, 95 J., 1.35, 1.50, 1.90 A.
Spazierstöcke
Metallkranke
45, 95 J., 1.50 A.
Spazierstöcke
aus Stahlrohr
1.65, 2.25, 2.85 A.
C. F. Ritter
Leipzigerstr. 90.
5 Proz. Rabatt-Spar-Marken.

Mehrere Tapezierer, Polsterer und Dekorateur werb. sofort geandt.
Arbeitsnachweis der Tapezierer, Mannsicherstraße 22, 1.
Eine große freundl. Wohnung mit all. Zubeh. zu verm. u. sofort bezugsbar.
Bruno Wunderack, Aue bei Zeitz.
Otto Just, 2. Buchererstr. 45 empfiehlt sein Lager von all. Sorten Bretter, Latten, Bettstellen, Kantholz, Scheitholz, Dachpappe, Dachziegel usw.

Farben, Lacke, PINSEL jeder Art.
Otto Kramer,
Frohen, Farben 9 Mittelwache 9
gegenüber der Glauch. Kirche
jetzt Steg 14.
Konfiszirt gewesen!
Simplicissimus Nr. 42.
Spezialnummer des Zentrums.
Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung, Geißstr. 21.

Schönstes Andenken an Verstorbene. **Prachtvolle Geschenke.**
Nach jeder dazu gegebenen Photographie fertige ich sprechend ähnlich **Vergrößerungen** in schwarz und farbiger Kreidemanier, sowie alle Delgemälde, Brustbilder, von 5 Mt. an. **Otto Rosenbaum,** Porzaitmalerei, Jägerplatz 11.

Sozialdemokratischer Verein Streckau.
Donnerstag den 12. Mai (Himmelfahrt) nachm. 4 Uhr im Gasthaus „Glocke auf“
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Wahl der Zeitungs-Kommission. 2. Bericht von der Arbeiter u. Wohnungs-Kommission. 3. Unsere diesjährige Parte. 4. Bericht über den 1. Jahrb. Ergebenen erwidert P. P.

Apollo-Theater.
Lachen ist gesund!!!
Direktion: **Gustav Poller.**
Am Riebeckplatz, nächste Nähe des Haupt-Bahnhofes.
Kartstein
die famose rheinische Tüte, als **Musketier Schmitz** in der tollen Burleske „Aus einer kleinen Garnison“ noch nicht gesehen hat, weiß nicht, wie viel er seiner **Gesundheit** schadet!
1/2 Uhr: Das unterwüthliche: „Ein Nachtsytl.“
Morgen Dienstag den 10. Mai: **Jubelabend!**
Zum **25. Male:** „Ein Nachtsytl.“
Morgen Dienstag 8 Uhr: **Joh. Fischer,** Große Goleinstraße 7.
Morgen Dienstag großes Schlachtfest. **Ad. Wackernagel,** Viktorienstraße 31.
Morgen Dienstag **Schlacht bei Feß.**
Richard Wagnerstraße 34, Alte Admetstraße.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Konsumverein Hohenmölsen
sucht per sofort einen unerblickigen **Knecht.**
Zu melden im Kontor.
Entlaufen vogelgeier Epig (Gund), Hied. Kuzgaden gegen Befragung. Schaller, Friedenstraße 11.

Walhalla-Theater.
Direktion: **F. W. Jedermann.**
Montag den 9. Mai 1904:
Beginn der Schluss-Kämpfe in der großen internationalen **Ringkampf-Konkurrenz** um die Meisterschaft der Kronin Sachsen.
Jeden Abend 8 Uhr. **Heinrich Eberle** Meisterschaftsringler v. Deutschland gegen **Urban Christoph** den rheinischen Riesen. **Jean Pierre Fiorard** der Kolb von Frankreich gegen **Paul Belling** den Meisterschaftsringler v. Berlin. **Feyrouse,** der Hübe von Valencia gegen **Emil Bau,** Eisenfeld dazu das brill. Variete-Programm.

Neu. Möbel Gebr.
Größte Auswahl aller Arten, als: edlt u. immittiert Nussbaum, Eiche, Mahagoni, Birke: Herren- u. Damen-Schreibtische, Bücherschränke, Wäffels, Kuffeln, Stieg- und Ausziehtische, Truemeaux, Preiselpiegel mit Schränken oder Konsolen, Franktschränke, Vertikows, Kleiderschränke, englische und franzö. Bettstellen mit und ohne Matrassen, Badstühle mit und ohne Marmor, Nachtische, Garderoben-Schränke, Seiden-, Plüsch- u. Rips-Garnituren, Paneel-Sofas, Teppiche, Bilder, Portieren, Gardinen, Tischdecken u. v. m. **Kompl. Salons, Wohn- und Schlafzimmer-Einrichtungen.** Alles sehr preiswert durch große Gelegenheitskäufe.

Friedr. Peileke
Geißstraße 25.
Alle Möbel nehme stets in Zahlung.

Süddeutscher Postillon
Nr. 10
Preis 10 Pf.
ist errichtet und zu beziehen durch alle Austräger und die **Vollbuchhandlung,** Geißstraße 21.

Deutscher Reichstag.

80. Sitzung. Sonnabend, den 7. Mai 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Herr v. Stengel.
Zunächst werden einige Regierungssachen erledigt.
Bei dieser Gelegenheit tabel:

Herr Dr. Sattler (natl.) die Lage Preussens der Rechnungskommission angelehnt rechtlicher Gesichtspunkte der Kolonialverwaltung und spricht den Wunsch nach einem Reichsfinanzgesetz aus.

Herr Dr. Gröber (Zentr.) protestiert gegen diesen Vorschlag, der mit dem föderalistischen Charakter der Reichsverfassung unvereinbar ist.

Herr Dr. Sattler (natl.) erklärt, er habe nur den allgemeinen Wunsch nach einer Stärkung der Stellung des Schatzjäters auszusprechen wollen.

Herr Singer (Soz.) zu entschuldigen braucht sich Herr Sattler wirklich nicht. Es wird doch noch erlaubt sein, im Reichstage zentrale Finanzfragen zu vertreten. (Seitert.) Es ist die höchste Zeit, daß den eigentlichen Entscheidungsgewalt der Kolonialverwaltung ein Ende gemacht wird. (Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Es folgte die zweite Beratung der

Keinen Finanzreform.

Durch § 1 wird die sogenannte **französische Klausel** (Uebereinstimmung des den Betrag von 130 Millionen Mark übersteigenden Ertrages der Zölle, der Tabaksteuer und der Stempelabgaben an die Einzelstaaten, insofern eingeschränkt, als künftig nur die Erträge der Stempelabgaben, der Maßbottichsteuer und der Branntwein-Materialsteuer den Einzelstaaten überwiegen werden sollen.

Reichsschatzsekretär Herr v. Stengel: Der § 1 verfolgt das Ziel, durch Einschränkung der Ueberweisungen auf ein bestimmtes Maß die Verantwortlichkeit des Reichsstaats zu befestigen und dem Reiche wiederum die Bewegungsfreiheit über seine wichtigsten Einnahmequellen zu gewähren. Das ist im Hinblick auf die Zölle um so wichtiger, als wir vor der Einführung des neuen Zolltarifs liegen, dessen finanzielle Wirkungen sich nur schätzen lassen, während die Beschäftigung der Einzelstaaten von einem Risiko entlastet werden, das ihnen jetzt eine halbwegs zuverlässige Einkommensquelle kaum mehr ermöglicht. Schließlich wird eine Verminderung der Reichsschuld erreicht. Dabei hat der Regierung die Ansicht, das Budgetrecht des Reichstages anzuerkennen, vollkommen fern gelegen. Als Bedingung, daß es dem Reiche nicht leicht gemeten ist, sich für diese Vorlage zu entscheiden. Aus seiner Mitte stammt die französische Klausel, und es mußte Empfindungen überwinden, die ihm selbst nur alle Ehre machen. Ueberwiegend aber mit der Stellung der freilichlichen Fraktion und der Sozialdemokraten, die seinerzeit Mann für Mann gegen die französische Klausel getreten haben, während sie heute für ihre volle Aufrechterhaltung eintreten, so sie, wie die Köpfe ihrer Fraktionen, verteidigen. So kann mir dies Verhalten nur so erklären, daß die Fraktionen der französischen Klausel sich seit ihrer Einführung allmählich in ihr Gegenteil verkehrt haben. Die Kommission hat nun der Vorlage in Bezug auf die Zölle ihre Zustimmung erteilt, ist aber in der Einschränkung der französischen Klausel nicht so weit gegangen, als wir es planten. Sie hat insbesondere beschlossen, die Stempelabgaben als Ueberweisungssteuer beizubehalten, die sich ebenfalls, wie diese Steuer recht erheblichen Schwankungen unterliegt. Doch stellt § 1 auch in der Kommissionsfassung einen recht weitgehenden Fortschritt dar, und ich glaube, daß die Verbindenden Regierungen an diesen Änderungen die Vorlage nicht scheitern lassen werden.

Herr Richter (Frei. Vgl.): Der Herr Schatzsekretär scheint ganz gewissenhaft zu haben, wie die Sache 1879 lag. Die französische Klausel war damals die Würde, um dem Zolltarif eine Mehrheit zu verschaffen. Als Gegner des schubhändlerischen Zolltarifs durften wir uns selbstverständlich an diesen Werten nicht beteiligen. Sehr richtig! (links.) Das muß hinstimmen mit gegen die Klausel. Nun haben wir jetzt durchaus nicht für sie wie die Köpfe um ihre Jungen gekämpft. So arifranzösisch ging es in der Kommission nicht (Seitert), sondern recht nichtigen. Traulich war nur der Moment, als der Schatzsekretär mit bewegter Stimme erklärte, daß die Frage, ob die Zölle auszuheben seien oder nicht, über sein oder nicht sein Ministeriums entscheiden würde. Erst auf Stellung dieser Ministeriums wurde der Antrag mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen, die Zölle aus der Ueberweisungssteuer herauszunehmen. Wir werden gegen den § 1 stimmen, weil er die Kollektivität, die wir uns wünschen, das ist jetzt um so weniger ersehnt, als niemand die Wirkungen des neuen Zolltarifs abschätzen kann. Es wäre auch ganz falsch, für Einnahmen zu sorgen zur Deckung unbedachter

Mehrausgaben der Zukunft für Militär, Marine und Kolonien. (Bravo! links.)

Herr v. Nischporen (Konf.): Meine Partei ist von jeher für eine klare Trennung der Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten eingetreten. Gegen die jetzige Vorlage wird zunächst eingewandt, daß sie das Einnahme-Bewilligungsrecht des Reichstages schmälere. Dieser Vorwurf ist aber in der meisten Bundesstaaten nicht anerkannt, und wir sind auch nicht geneigt, es grundsätzlich dort einzuführen. In der Reichsverfassung besitzen die Materialabträge im Effe das Ziel. Da dieses Recht dem Reichstag einmal gegeben ist, wollen wir ihm es auch nicht nehmen. Von seiner Erhaltung durch die Vorlage kann nicht die Rede sein. Weiter wird behauptet, durch die Drohung erhöhter Materialabträge könnte auch auf die Bundesstaaten ein Druck ausgeübt werden, für Sparmaßnahmen in Bezug zu forschen. Aber diese Materialabträge werden auch nach Annahme der Vorlage heiliger bleiben, und damit auch das Interesse der Bundesstaaten an Sparmaßnahmen im Reich. — Redner legt die Stellung seiner Partei dahin zusammen, daß sie an liebsten weiter gegangen wäre wie die Reichsfinanzkommission in einer Linie für diese eintreten würde. Schließlich würde aber auch die Kommissionsfassung zu haben sein. (Bravo! rechts.)

Herr Dr. Södemum (Soz.): Der Schatzsekretär hat ganz recht, daß die französische Klausel seit ihrer Einführung sich immer mehr in ihr Gegenteil verkehrt hat. Damals bestritten wir eine Stärkung des Kartelltarifs, heute ist dies nicht mehr der Fall. Heute dient uns die französische Klausel als Sicherung gegen die immer weitere Ausdehnung des persönlichen Regiments mit allen seinen Gefahren. Mein Fraktionsführer Bebel hat ja schon früher ausgeführt, daß der Reichstag nur noch einen Schatten seines Einnahme-Bewilligungsrechts habe, wenn durch die Erhöhung der Beiträge der Einzelstaaten der Reichsstaats diese Einzelstaaten vom Reiche unabhängig würden. Der Schatzsekretär hat erklärt, er würde kein Maß aufgeben, wenn das die Ansicht der Mehrheit wäre. Das ist insofern erfreulich unter einem Ministerium zu hören, das die schlichten Priebe in der Kammer vor sich mit der Klippe wartet und schließlich gar nicht mehr auf dem Schauplatz der Niederlage erscheint. (Geheiter und sehr laut bei den Soz.) Wir fordern schon in unserem Programm eine wirkliche Finanzreform, die die Ausgaben durch Einschränkung der Einnahmen zu decken vermag. Wir wollen nicht, daß die jetzige Finanzverwaltung sein soll für die große finanzielle Finanzvorlage, die eine neue Belastung der Massen in den Augenblick bringt, wo die Einzelstaaten sich nicht mehr vor höheren Materialabträgen fürchten. Die neue Vorlage bringt auch keinerlei größere Klarheit in die Reichsfinanzverwaltung, da noch immer erhebliche Ueberweisungen stattfinden sollen. Ueberdies macht die rein rechnerische Arbeit des Min- und Vertriebs von 6-700 Mill. auch keinerlei Schwierigkeiten. Man bauscht sie nur auf, um die Finanzreform, wie sie hier gemacht wird, zu verhindern. Wir sind nicht mehr die Finanzreform, bei der die Schatzsekretär unsere Unterstützung nicht fehlen. Ueber die Beschränkung des Einnahme-Bewilligungsrechts des Reichstages sucht man uns damit zu trösten, daß man auf die Einnahmen hinweist, die auch nach Annahme des Gesetzes noch von anderer Bemühung abhängen werden. Aber wir können nicht geneigt sein, desto härter ist unser Recht, namentlich für den Fall von Konflikten, die wir klar für die hiesigen nahe Zeit voraussehen, wo die Zusammenlegung des Reichstages sich wesentlich ändert. Wir müssen das Reich, das es jetzt ist, nicht in die Zukunft mit uns führen, als in den letzten Tagen in Beziehung auf die Reichstagsabgeordneten an gewisse Stelle Ausdrücke wie „Kerl“ und „Wand“ gefallen sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir sind auch in diese Frage als parlamentarische Partei zu verstehen, wie wir es in der Vergangenheit durch den Gehirnsatz und die Kolonialabgabe unter hineingetragen. Dagegen hilft nur, daß man die Einzelstaaten ihre Verantwortlichkeit am eigenen Körper fühlen läßt. Deshalb lehnen wir den § 1 der Vorlage rundweg ab. (Beif. bei den Soz.)

Herr Fröhen (Zentr.): Wenn wir der Vorlage zustimmen, nehmen wir nicht nur den Reichtum der Reichsfinanzreform an, denn wir beistimmen dem Zusammenhang zwischen den Finanzen der Einzelstaaten und des Reiches nicht. Das Interesse der Einzelstaaten an parlamentarischer Reichsfinanz bleibt ganz gleich groß. Wir haben nur seit 600 200 Millionen und her. Das hat Zentrum schon immer gelehrt. (Bravo! im Zentrum.)

Herr Dr. Sattler (natl.): Wir hätten am liebsten die Regierungsvorlage angenommen, werden aber auch den Kommissionsbeschlüssen zustimmen.

Herr Dr. Arendt erhebt in der Vorlage nur einen ersten Schritt. Er hofft mit dem Abg. Södemum, daß die Zusammen-

legung des Reichstages sich ändern werde, und zwar in der, die die letzten Verhandlungen gezeigt haben. (Geheiter rechts.)

Herr Dr. Vachnig (Frei. Vgl.): Durch die Veränderung der Regierungsvorlage ist die Gefahr eines Verlustes parlamentarischer Rechte beseitigt. Wir akzeptieren alles, was zur Abklärung der fraktionellen Klausel führen kann. Freilich die Materialabträge müssen aufrecht erhalten werden, da ihre Ueberhebung sonst zur Einführung neuer Steuern führen würde. (Sehr richtig! links.)

Rachdem Abg. Dr. Wolff (Christl. Vgl.) seine Zustimmung zur Vorlage erklärt hat, schließt die Diskussion. § 1 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freilichlichen Volkspartei angenommen.

§ 2 gibt in der Kommissionsfassung dem Art. 70 der Reichsverfassung folgende Fassung: „Zur Deckung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen die aus den Zöllen und niedrigen gemeinschaftlichen Einnahmen im Erdarium vermittelten, durch die Einnahmen nicht gedeckt werden, sind die durch Beiträge der Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung aufzubringen. Inwiefern diese Beiträge in den Ueberweisungen der Bundesstaaten finden, sind sie den Bundesstaaten am Jahresanfang in dem Maße zu ermitteln, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reiches diesen Bedarf übersteigen. Ueber die Höhe aus den Vorarbeiten dienen zur Deckung gemeinschaftlicher außerordentlicher Ausgaben.“

Reichsschatzsekretär v. Stengel empfiehlt trotz einiger von der Kommission vorgenommenen Änderungen den Paragraphen, der die bisherigen Schwankungen im Erdarium vermindert.

Herr Richter (Frei. Vgl.): erkennt an, daß der § 2 gewisse Verbesserungen bringt. Aber diese werden dadurch aufgehoben, daß den Einzelstaaten gewissermaßen die erste Dividende an Ueberweisungen im Reiche überwiegen wird. Auch falls die Einzelstaaten die Ueberträge zur Schuldentilgung verwenden würden, so bleibt doch die Tilgung der Reichsschulden wichtiger als die der Bundesstaaten. Wenn aber das Reich bemüht ist, seine Ueberträge zu machen, so wirkt die geordnete Abwicklung der Staatsfinanzen entgegen. Wir beantragen die Zustimmung über den Artikel, und machen unsere Zustimmung zu dem ganzen Paragraphen von seiner Ausweitung abhängig. (Bravo! links.)

Reichsschatzsekretär Herr v. Stengel: Auf die Einführung dieser Verbesserungen will ich nicht näher eingehen. (Zuruf bei den Soz.: Warum nicht?) Ich will nur ausführen, daß die Bedeutung des Vorschlages auf falschen Voraussetzungen beruht. Heute sind alle Materialabträge nur subsidiär zulässig, d. h. wenn die eigenen Einnahmen des Reiches nicht ausreichen. In Zukunft sollen die Materialabträge, die das Reich den Einzelstaaten überweist, den ordentlichen Einnahmen gleich stehen, und nur die ungedeckten Materialabträge, die die Einzelstaaten aus ihrem eigenen Austausch aufbringen, als subsidiär angesehen werden. Das ist eine Einschränkung des Rechts der Bundesstaaten, und wenn sie abgelehnt würde, würde der Bundesrat dem ganzen Gesetz wohl nicht mehr zustimmen.

Herr Dr. Södemum (Soz.): Ueber die Frage nach direkten Reichsteuern hat sich der Schatzsekretär in der Kommission offenbar ausgesprochen. Warum ergriff er nicht mit Freuden die Gelegenheit, jetzt auch vor dem Reiche zu erklären, daß an die Einführung direkter Reichsteuern nicht zu denken ist. Der Schatzsekretär verweigert immer, daß in der Vorlage direkte Reichsteuern vorgezogen sind. Deshalb sollten auch die Materialabträge überhaupt nicht erlegt werden, sondern als Ueberträge als Kontingente der Reichsfinanzen, wie diesem § 2, können wir nicht zustimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Herr Dr. Sattler (natl.): Wenn wir jetzt bestimmen, daß die Ueberträge aus einem Jahre nicht den Einzelstaaten überwiegen, sondern für das Reich zur Schuldentilgung und zur Ueberwindung außerordentlicher Ueberträge ausgeben werden, dürfen wir nicht alle ungedeckten Ausgaben den Bundesstaaten zur Last legen — noch dazu in der roten Steuerreform der Materialabträge, die pro Kopf verteilt werden — sondern müssen sie meignens durch den Staat bestrahlen, daß sie nur in dem Maße zu übernehmen werden, so weit die eigenen Einnahmen des Reiches nicht genügen.

Herr Dr. Gröber (Zentr.) erwidert dem Vortrager, daß zur Deckung außerordentlicher Bedürfnisse nach wie vor Reichsanleihen aufgenommen werden können.

Herr Dr. Södemum (Soz.): Wenn Herr Dr. Sattler sich nur für die indirekten Steuern erhitzen wollte, die hundertmal ungedeckter sind als die Materialabträge. (Sehr richtig! bei den Soz.) Durch die Einkommenssteuer in den Einzelstaaten werden die Reichen meignens zu den Kosten des Reiches herangezogen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Kleines Feuilleton.

„Das schönste Weib Italiens.“ Anlässlich der Mittelmeerreise Wilhelms II. mußte die Wiener Zeit folgende Episode über den Aufenthalt des Kaisers in Venedig zu erzählen: „Der Aufenthalt Kaiser Wilhelms galt nicht so sehr als ein Ereignis als der schönen Gräfin Antina Rombo-Rosolini, die der Kaiser seit 25. v. v. bereits im strengsten Intimität mit einer kleinen Lancia a vapors nach Venedig genommen und dort am Palazzo Rosolini abgesetzt. Am 26. v. M. um 10 Uhr vormittags fand seine offizielle Ankunft statt. Um 12 Uhr mittags verließ der Kaiser auf einer Schuppe seine Fahrt Hohenzollern und begab sich, von seinem Adjutanten begleitet, wieder ins Palazzo Rosolini. Bei der Landung wurde er von dem Vater der Gräfin, Herrn Morbo, empfangen; die Gräfin selbst erwartete ihren Mann am Fuß der Treppe. Rangs der Treppe bildeten zwölf Lakaien. Später Kaiser Wilhelm blieb bis 1/2 Uhr im Palazzo, dann verließ er die Hohenzollern zurück. Viele Anwesende waren über die Hohenzollern, zu dem der Bürgermeister, der Präsekt, die beiden Admireale Canovara und Figerio und auch die Gräfin Rosolini und ihr Vater geladen waren. Am folgenden Tage um 12 Uhr mittags war der Kaiser neuerdings mit acht Offizieren Gast bei der Gräfin. Aufser ihr und ihrem Vater nahm auch die Tochter der Gräfin an dem zu Ehren des Kaisers gegebenen Diner teil. Beim Abschied überreichte der Kaiser der Gräfin angeblich ein prächtiges Schmuckstück. Um 4 Uhr nachmittags verließ der Kaiser sein Schiff und fuhr auf dem Dajugof. Als er am Kanal Kaiserlichen Grab zu ererbieren. Ganz Venedig spricht von der Gräfin Rosolini. Sie ist von mittelgroßer Gestalt und hat herrliche, große, schwarze Augen. König Humbert hatte sie „das schönste Weib Italiens“ genannt. Sie ist eine geschickte Frau.“

Ein anderes bürgerliches Blatt veröffentlichte sogar das

Programm des Konzertes, das zu Ehren der Gräfin an Bord der Hohenzollern gegeben wurde. Der Kaiser soll das Programm selbst zusammengestellt haben. Die Anfangsbuchstaben der zum Vortrag gelangten Musikstücke ergaben den Namen Rosolini.

Dieser Kaiserbesuch hat aber ein eigenartiges Nachspiel gehabt. Am letzten Donnerstag gab es in Venedig heftige Straßenbemonstrationen gegen den Kaiser. Graf Traubolin, Beschützer der Gräfin Rosolini, hatte den Chefdeputierten der in Venedig erscheinenden sozialdemokratischen Blätter überfallen und verurteilt. Der Redakteur der Gräfin beleidigt haben. Am Freitagabend wiederholten sich die Ausgebungen auf dem Marktplatz aus Anlaß des täglichen Angriffs des Grafen Traubolin gegen den Herausgeber des Secolo Nuovo, Marongoni. Die Menge rief „Abasso la Comtesse“; es kam zu wiederholten Zusammenstößen mit den Karabinieri, wobei wiederum zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Der Graf aber hat der Gräfin einen neuen Mann erwiesen, indem er die Öffentlichkeit, weil über Venedig hinaus, zogen, sich mit einem Statu zu beschäftigen, der im Grunde genommen niemand etwas angeht.

Konzerte und Theater. Die rein menschlichen Bestrebungen der Kunstvereine sollen auf die Bühne gebracht werden. In der neuesten Nummer (vom 1. Mai) der literarischen Praxis, offizielles Organ des Deutschen Schriftsteller-Bundes, findet sich folgendes Inserat:

„Auftrag: Aufhebung des durch feindliche Schaulpiel: Der Kaiser-Act. Bühnenreife, realistische Darstellung der Verurteilung der Werte durch die Krantenfallen und ihre Folgen. Sonntag nicht benachteiligt, dagegen die Tilgung der Wertes, keine Veranschaulichung der Rollen seitens des Autors.“

Das Produkt der Muse eines jetzt wohl kaum Mangel an Zeit lebenden Kunstgeistes wird zweifellos gut werden.

Beobacht. Der Vortrags erklärt aus Petersburg folgende Zukunft:

Neulich ist in der hiesigen Bergakademie folgende merkwürdige Geschichte passiert. Der neu angestellte Direktor der ge-

nannten Anstalt, Professor der Chemie von der Petersburger Universität Komolow, hatte offenbar beschlossen, sofort seine Anwesenheit dem zu beweißen, die rechte Substantiv der Bergakademie „fest anzufassen“, — es sei nebenbei bemerkt, daß die Bergakademie in Petersburg sich in den letzten Jahren durch den revolutionären Geist ihrer Zöglinge, sowie durch eine Gruppe fortschrittlicher, anhängender Professoren rühmlich hervorgetan hat. Seinen Kampf mit dem trüben Rebellion begann nun Herr Direktor Komolow damit, daß er sich zur Revision in den sogenannten „Spezial“ bezug — eine gesellschaftliche Verwaltung der Studenten, wo sie ihre Wahlrechte einnehmen, Zeitungen lesen und die Gesellschaft pflegen. Der Spezial der Bergakademie befindet sich im Bergakademiegebäude, und so wählte sich der schönste neue Direktor betonen, auch dort sein nachdrückliches Auge pazieren zu lassen. Und, o Schreck! was erkläre er auf einer Wand des Spezialsaales, unter andern Vorträgen beliebiger russischer Schriftsteller und Zenters? Weibels Bild! Sofort erklärt Herr Komolow dem zu, er habe den Studenten, die den Spezial höchsten Bedrückung heruntergerissen werden müsse. Er bekommt jedoch zur Antwort, daß die Ausschmückung der Wände im Spezial eine interne Angelegenheit der Verwaltung des Bergakademie Saales sei, und daß Bebel auf Anweisung dieser Verwaltung seinen Platz erhalten habe. Der geschickte Direktor bezieht abhand dem Vortrager, das Portrait herunterzunehmen; als sich jedoch auch dieser weigert, ruft der Herr Direktor eigenhändig Weibels Bild von der Wand und schmeißt es auf den Boden.

Die Studentenschaft ließ sich diesen Fort nicht ruhig gefallen, es doch die Unanständigkeit der studentischen Selbstverwaltung zu verteidigen. Es wurde eine Versammlung einberufen, ein Protest angenommen und derselbe zum Direktor geleitet. Mein Herr Komolow wollte „fest bleiben“ und sagte einfach die studentische Deputation, die ihn den Spezial pflichtig. Die Studentenschaft verlor als Antwort darauf eine neue Versammlung ein und stellte die Forderung der Entlassung Komolows.

Gleichzeitig brach ein Konflikt zwischen dem Direktor und den Professoren aus. In einer Sitzung des Professorenrats wurde Herr Komolow durch den Rektor des Bergakademie in den letzten Kongress der Rechner durch fortschrittliche Delegation hervorgetan hat) dem Direktor die Bemerkung, daß er dessen

Nach weiteren Bemerkungen des Hrn. Schöberl (Freil. Bg.) wird § 2 gegen die Stimmen der Freiwil. und Sozialdemokraten in der Kommissionfassung angenommen.

§ 3 ist von der Kommission getilgt worden. Er verlangte, daß die Materialbezüge in der Regel den Betrag der Lieferungen nicht übersteigen sollen. Nachdem der Reichs- und Provinzialrat noch einmal die Regierungsvorlage empfohlen hat, beschließt das Haus einstimmig nach dem ursprünglichen Wortlaut.

Ferner hat die Kommission eine Resolution beantragt, die verlangt, die Wahlbestimmungen-Widerrückung auf eine der weltlichen Klassen entsprechende Höhe herabzusetzen.

Hrn. Goltz (Reichsp.) Die Resolution wird nur Beurlaubung in das Braunschweiger Beiratsamt; sie kann nie durchgeführt werden. (Ohne Inhalt.)

Hrn. Wüllershausen (Senr.) Es wäre Anstandslos die Interessen, nicht mehr zu verlangen, als die wirkliche Ausgabe beträgt. Solcher Beurlauben-Vollst. muß man bei der jetzigen Finanzlage ein Ende machen. (Beifall im Saale.)

Hrn. Schöberl (Freil. Bg.) Stengel bezieht sich auf die Wahlbestimmungen, die Abtragung des Reichsstaats einer totalen Prüfung zu unterziehen.

Hrn. v. Karberg (Reichsp.) Die Interessen wohnen in der dem Reichsstaats angehörigen, da nachher ist es dem Anstandslos die Interessen, nicht mehr zu verlangen. Ich bitte den Reichstag, aus Anstandslos die Resolution abzulehnen. (Beifall rechts.)

Hrn. Wurm (Senr.) Das was die Mehrheit jetzt verlangt, haben wir schon im 10. Jahre gefordert. Es werden 2-3 Mrd. auf jeden Arbeiter bezogen. Die Zahl der Arbeiter betrifft die Rechte, das eine Vielesage vorliegt, jetzt kämpft sie darum. Nur 7 Prozent der Arbeiter werden zur Bremerei verwendet. Die Unvollständigkeit hat also keinen Nutzen von dieser Steuer, die bei Vermehren der Steuern, die Abgrenzung der Arbeiter, (Beifall links.)

Hrn. Goltz (Reichsp.) bezieht, daß nur die großen Vorteile Vorteil von der Rückvergütung hätten.

Danach wird die Resolution gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalisten angenommen. Die Tagesordnung ist erschöpft. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (8. Sitzung der kleinen Finanzkommission und des Glau.) Schluß 3/4 Uhr.

Politisches und Gerichtliches.

Die sozialdemokratische Flugblatt-Verbreitung am Sonntag in neuer kammergerichtlicher Verurteilung. Die inoffizielle Oberprüfungs-Verordnung vom 20. März 1899 verurteilt übereinstimmend mit den Verordnungs-Verordnungen in allen anderen preussischen Provinzen an Sonn- und Feiertagen jede öffentlich bemerkbare Arbeit. Wegen dieses Verbot sollten sich die Genossen Mannemann und Giermehl im Kreise Dels dadurch vergangen haben, daß sie Sonntag in den Häusern eines Dorfs sozialdemokratische Flugblätter verteilten. Das Landgericht Dels als Berufungsinstanz sprach sie jedoch frei. Zwar erwiderte es in dem Urteil von Daus zu Daus mit je 150 Mark Geldstrafe, die an sich nicht zu leben waren, eine öffentlich bemerkbare Arbeit, weil diese Tätigkeit mit einer gewissen Anstrengung verbunden und öffentlich bemerkbar gewesen sei. Aber, da die Verteilung der Sonntags- und Feiertags keine neue solche öffentlich bemerkbare Arbeiten verbieten, die gemeint seien, die äußere Beschäftigung der Sonntag- und Feiertage zu fördern. Und auf Grund der tatsächlichen Würdigung der Vorgänge im vorliegenden Falle kam das Landgericht zu der Meinung, daß vorliegend das Gehen von Daus zu Daus mit den Blättern zum Zwecke ihrer Verteilung nicht dazu geeignet gewesen sei, woraus die Freisprechung folge. — Dieser Standpunkt des Landgerichts entsprach nun durchaus dem, welchen das Königl. Kammergericht in laubender Praxis angenommen hat. Trotzdem gab diesmal der Straftat des Kammergerichts der Revision der Staatsanwaltschaft in Dels, die sich der Oberinstanz mit der niedrigen Geldstrafe einverstanden erklärt hatte. Während wurde ausgeführt: Der Begriff der öffentlich bemerkbaren Arbeit habe der Vorderinstanz richtig gewidmet. Es sei aber ein Rechtsirrtum, wenn es meine, daß in jedem einzelnen Falle festzustellen werden müsse, daß die öffentlich bemerkbare Arbeit die Sonntagshilfeung gefordert habe. Das sei nicht nötig. Alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten seien eben verboten an Sonn- und Feiertagen, weil sie die Sonntagruhe stören.

Darum kann vom Richter nicht mehr verlangt werden, als daß er feststelle, daß es sich um eine öffentlich bemerkbare Arbeit handele. Das genüge schon zur Verurteilung. Diese Feststellung habe aber das Landgericht Dels getroffen, somit könnten die Angeklagten gleich verurteilt werden.

Gewerkschaftliches.

Das Wachstum des Bergarbeiterverbandes. Der eben veröffentlichte Jahresbericht des sogenannten alten Verbandes ergibt eine außerordentliche Kräftigung dieser vielverfolgten Arbeiterorganisation. Als im Jahre 1895 durch den Offener Meinungsprozeß dem Verbands seine alten Führer Schröder und Meyer auf Jahre hinaus entlassen wurden, besaß er nur noch 4-5000 Mitglieder. In der früheren Zeit, 1890-91, gehörten ihm schon 45000-50000 Mitglieder an. Unglückliche Streiks (Eisensteins- und Kupferst. 1893), manigfache Tätigkeit der selbst zusammengelaufenen Angehörigen waren die Ursachen des Wachsens. Seit dem Meinungsprozeß hat der neue Aufschwung. Das Jahr 1902 schloß die Organisation ab mit 48 278 Mitglieder, am Schluß 1903 war ihre Zahl auf 69 028 gestiegen, also Zuwachs in einem Jahre 20 750 Mitglieder! Augenblicklich ist der Mitgliederstand ca. 75 000, die Auflage des Verbandesorgans, die Deutsche Bergarbeiter-Zeitung, beträgt 80 000! Dieser große Aufschwung ist der beste Beweis für das wachsende Vertrauen der Bergarbeiter zu ihrem Verbande. Der örtliche Gewerkschaftsverein, dessen Führer, der Landtags-Abgeordnete Bruch, sich bekanntlich für ein „buddhistisches „Sozialistenrecht“ ausgesprochen, gab für Ende 1902 an rund 400 Mitglieder, Ende 1903 nur noch etwa 39 000, da hauptsächlich die „Sozialen“ Mitglieder in die Siegerlande dem Gewerkschaftsverein des Herrn Bruch den Rücken kehrten. Vor etwa fünf oder sechs Jahren war die Stärke des „christlichen Gewerkschaftsvereins“ der des alten Verbandes ziemlich gleich; zur Zeit ist der letztere fast doppelt so stark wie der vom Zentrum inspirierte Gewerkschaftsverein. Auch in der fast ausschließlich domäne des Ruhr-Verbandes, im Ruhrgebiet, besitzt heute der Verband ca. 50 000 Mitglieder, aber auch hier ist häufig geworden wie die bezeichnendste in Arbeiterkreisen. „Gewerkschaftsverein“ betitelt ultramontane Bergarbeiter-Organisation. Die fernere Entwicklung läßt sich leicht voraussehen. Der Bergarbeiter-Verband hat sich auch finanziell sehr gut entwickelt. Sein Vermögen betrug 1901 erst 160 000 Mk., 1902 waren es 260 000 Mk. und 1903 rund 439 000 Mk. Mitgliederbeiträge kamen im letzten Jahre 445 000 Mk. ein, im Vorjahre 292 000 Mk. Die Gesamtsumme betrug 649 545 Mark gegen 462 000 in 1902. Unter den Ausgaben figurieren Streiks- und Genarbeitslosen-Unterstützung 32 635 Mk., Reichs- und Provinzial-Unterstützung 34 492, Anwaltschaft 18 551 Mk. Der Verband hat auch eine Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt, die ab 1. Januar 1905 in Kraft tritt. Um sich von Exzellenzen zu befreien, hat der Verband ein großes Grundstück in Bochum gekauft, wo ein umfangreiches Verwaltungs-Gebäude nebst Drucker- und Wohnhäusern errichtet werden bevorzugen fertig gestellt sind. Freitig gestellt, wird der Vorrat einen Wert von 300 000-400 000 Mark repräsentieren. Die Fortschritte dieser Gewerkschaft können den Schatzmachern lehren, daß dem Segenszug der Arbeiterorganisation sich auf die Dauer keine Macht mit Erfolg entgegenstellen kann.

Der Leberarbeiter-Verband hat nach dem eben vorliegenden Jahresbericht seine Mitgliederzahl von 4570 auf 4949 gesteigert, die sich auf 84 Dörfer verteilen. In diesen 84 Dörfern sind insgesamt 778 Betriebe mit 18 270 Arbeitern, außerdem sind aber noch eine Reihe Ortschaften vorhanden, in denen rund 20 000 Leberarbeiter arbeiten, von denen noch keine organisiert ist. In Lohnbewegungen war 29 Streiks, Auspöhrungen und Lohnforderungen zu verzeichnen, von denen 6 Streiks und eine Auspöhrung war. 23 Lohnbewegungen und Differenzen wurden auf dem Verhandlungswege erledigt. Die Abrechnung bilanziert mit 113 701 Mk. Kassenbestand ist rund 52 000 Mark. Für Unterstützungs-Einrichtungen wurden 44 Prozent der Einnahme verwendet, während für Lohnbewegungen nur 7,5 Prozent aufgewendet wurden. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß von den 29 Lohnbewegungen nur 6 zu einem Streik führten. Der Verband hat noch ein großes Arbeitsfeld vor sich; wenn aber jeder Arbeiter seine

Macht hat, dann wird dem Verband auch der Erfolg nicht fehlen.

Falle und Saalkreis.

Galle, 9. Mat.

Zur Sabelaffäre

gegen den Weidenerführer Mansfeld sind uns von Augenzeugen verschiedene neue Mitteilungen zugegangen, die sämtlich in dem Artikel einfließen, sie stellen das Verhalten des Häftlings Weidener für unerhört, und Mansfeld habe keinen Anlaß gegeben, daß der Fall mit dem Sabel trat. Der Vorfall habe sich nicht ereignet, daß Mansfeld schon vorher auf der Trostherberge, als sein Pferd, eine jetzt aufgekauerte Stute, vor einem Motorwagen steuerte, mit dem Weidener in einem Wortwechsel geraten war, weil Richter ihm den freundschaftlich erteilte, Mansfeld möge die wertvolle Stute zum Hofplatz führen. In das Restaurant zum Gemöbel war Mansfeld noch gar nicht eingetreten, sondern als Richter sah, daß Mansfeld ausparieren, kam er dem Anzeigen, in den er nach dem ersten Zusammenstoß mit Mansfeld einbezogen war, herbeigeeilt, und nun kam es zu dem Zusammenstoß. Richter hielt Mansfeld für betrunken. Das konnte jedoch gar nicht der Fall sein. Mansfeld hat fünf, sechs Sabelhiebe in die Anstehle erhalten, mehrere Hiebe über die linke Hand und ebensoviele Hiebe über den Kopf, so daß Blut über das Gesicht floß. Auf einem Sandwagen wurden schließlich Mansfeld, der nur seine Pferde hatte nach Hause bringen wollen, ehe er nach der Wache kam, nach der Polizeiwache transportiert, und hier von 12 Uhr mittags bis 10 Uhr nachmittags festgehalten, ohne daß ihm Wasser zum Trinken und kein Essen gereicht worden war. Als er es vor Schmerzen nicht mehr aushalten konnte und um Freilassung bat, wurde ihm erwidert, er müsse bleiben, bis der Kommissar komme. Während die Wunden an dem Kopfe und an der Hand bald geheilt sein werden, sind die Verletzungen an den Beinen derart, daß Mansfeld nur mit Hilfe eines Stuhles sich langsam fortbewegen kann. Trotzdem wollte ihn der Kaiserarzt Dr. Rolke für heute gehen lassen. — Nicht ein einziges gerichtliches Blatt hat bisher ein Wort über die Angelegenheit veröffentlicht.

Arbeiterfrühe.

Die ständigen Gefahren, von welchen der Arbeiter in den Betriebsstätten umgeben ist, haben wieder einmal Opfer gefordert. In der Kröllwitzer Papierfabrik waren am Sonntag früh 6 Uhr das Gasbleisystem arbeitet mit Doppel-schichten — die Arbeiter Engler, Kopisch u. Wildsdorf mit dem Gewerkschafts-Vorstand beauftragt. Auf die jetzt unangeführte Weise überprüfte die glühende Aische die drei Arbeiter und verletzte sie sehr schwer. Man brachte sie ins Diafonienhaus. Das Gesicht und der Oberkörper waren ganz schwarz, die Arbeiter fielen förmlich vom Leibe. Fürstbische Schwestern hatten die Unglücklichen auszuheilen, bis nachmittags 1/4 12 Uhr Wildsdorf und um 6 Uhr Kopisch durch den Tod erschossen wurden. Engler ist noch am Leben. Ob die Arbeiter die nötige Vorkehrung außer acht ließen oder die Einrichtungen in dem Werkstätte, aus welchem die Aische herangeholt werden sollte, diesen Unfall begünstigten, bleibt dahingestellt. Jedenfalls ist der Verlust für die Angehörigen, die ihre Ernteharvesten verloren haben, ein schwerer. Die Verstorbenen waren beide 51 Jahre alt und verheiratet. Das jüngste Kind des Kopisch ist 1 1/2 Jahr, das des Wildsdorf 10 Jahre.

Die Direktion der Kröllwitzer Papierfabrik soll sich heute vormittag sich noch nicht bekannt gegeben haben, den Witwen der Verunglückten mitzutreten, das das Diafonienhaus der Direktion Kenntnis von dem Ableben der Arbeiter Kopisch und Wildsdorf gegeben hat. Die Angehörigen durften nämlich nicht ins Diafonienhaus wollen und haben erst durch dritte den Tod ihrer Ernteharvesten erfahren.

Nachschrift: Nach Schluß der Redaktion schreibt man uns noch, daß der Unglücksfall dadurch pöfisiert ist, weil bei dem Herausheben eines zur Reparatur bestimmten Kessels dieser in seine frühere Lage zurückgeführt und durch den Luftdruck nach unten die Aische unter dem Kessel herausgeschoben kam. Wie schon oben bemerkt, fielen den Verunglückten die Arbeiter

Vernehmen den Studenten gegenüber für unzulässig erachtete. Kononowitsch erwiderte durch eine Grobheit, indem er zuzugab, der zwar kein ordentlicher Professor, aber seit Jahren Mitglied des Professorenrates ist, vorhielt, daß er eigentlich kein Schmeichelei habe, er würde auch nicht, wenn er nicht die Angeklagten, so sich der Oberinstanz mit der niedrigen Geldstrafe einverstanden erklärt hatte. Während wurde ausgeführt: Der Begriff der öffentlich bemerkbaren Arbeit habe der Vorderinstanz richtig gewidmet. Es sei aber ein Rechtsirrtum, wenn es meine, daß in jedem einzelnen Falle festzustellen werden müsse, daß die öffentlich bemerkbare Arbeit die Sonntagshilfeung gefordert habe. Das sei nicht nötig. Alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten seien eben verboten an Sonn- und Feiertagen, weil sie die Sonntagruhe stören.

Türkische Völkerei.

Zuletzt Fulba, der vor einigen Tagen von seiner großen Orientreise zurückgekehrt ist, erzählt eine für die Zustände in der Türkei charakteristische Szene. Bekanntlich ist die Auswanderung aus dem türkischen Reich Gewinnen unterworfen, und die Auswanderer müssen sich ankommen. Die Unterthanen des Reiches dürfen sich nur vor seinen Beamten auszuweisen lassen und ihre Doku und ihr Geld in sein anderes Land tragen. Eine höchst weite Bestimmung, über die aber, wie im Reiche des Propheten üblich, ein ganz anderer, mit Wohlgefallen in den Ausländern, über die handhabungswürdige Völkerei, die die Auswanderer auszuweisen lassen, kann getroffen auszuwandern. Allerdings ist die Sache doch nicht so einfach, wie die folgende Geschichte aus dem türkischen Reich illustriert. Der Tempel, auf dem sich Fulba in Beirut einschiffte, um von Beirut nach Alexandria zu fahren, war bereits zum Auslaufen bereit, als im letzten Moment noch ein Huberboot mit Auswanderern (aus der Provinz Libanon) betram, die mitgenommen werden wollten. Die Matrosen ließen das Jalkes herunter, aber der erbob sich im Boot zwischen den Auswanderern, aus dem Geruch, und den Fahrgästen ein großer Streit. Diese verlangten, daß der arme Tempel in die Kasse sollten 80 Franks pro Kopf — sage achtzig Franks — für die kurze Überfahrt vom Lande an den Dampfer bezahlen. Natürlich weigerten sich jene, es gab ein hitziges Hin und Her, in das sich auch die über diese unerhöhte Ganneze erörterten Passagiere einmischten. Aber nach fünf oder sechs Stunden auf ihrer Fortdauer. Was sollten die Vermittler machen? Es war die höchste Zeit; der Dampfer hatte bereits mehrere Male gepeffeln — sie mußten zahlen. Unter ihnen war auch ein alter, ganz geborener Mann; mit Zähnen in den Augen hatte er auch seinen Kopf über den Schweiß der Hitze heraus. Dann erst konnten die Leute an Bord. Dieser ganze Szene aber hatte das Polizeiboot mit den Beamten beigegeben, die sich natürlich nicht näherten. Als Fulba dann seinen Dragoon fragt, warum die Uniformierten dem eigentlichen Heben Doku zu gewandeln, ohne eingeklinkt, wurde er erklärt: Die Völkerei war genau wie gewöhnlich, genau zu wissen, was die Rührer aus dem armen Lande herauszubringen. Denn auf dem Lande wird dann der Raub zwischen Arabern und Beamten geteilt.

hat, sei es nun näher, sei es oberflächlich, dem wird es eine Lebererkrankung bereiten, zu erfahren, daß dieser streitbare, kluge Parteiemann auch ein Vorkler war und zwar ein Vorkler im eigentlichen und wahren Sinne des Wortes. Seine politische Ansicht war aber vor hat an subjektive Gefühle- und Liebeslust gedacht?

Ich möchte meinem kritischen Geistes Gewalt tun, wollte ich behaupten, daß er als Vorkler eine beachtenswerte Sonderstellung einnehme, daß er eine scharfe und unerschütterliche literarische Silhouette habe, daß jedes seiner Gedichte ein nebenem tempel einer unangenehmlichen Gegenwart trage. Aber wie wenig Kritik kann dies überhaupt gesagt werden! Wie unendlich schwer ist es, sich auf dem Gebiet dieser lehrreichen und schwersten Kunst eine Stellung zu sichern! Er selber war sicherlich der letzte, der nach dem Vorbere des Apollons trachtete.

Die Gedichte, die sich in diesen Bänden an die Öffentlichkeit wenden, wollen für die Freunde des Verföhrers ein Charakterbild vervollständigen und vertiefen; sie alle sollen den Toten, dem sie für so viele Stunden der Weibung und der Erhebung über das Grob hinaus dankbar sein durch diese Werke eines bei aller äußerlicher bürchischen Hautheit und Herbigkeit leidenschaftlich, tief und empfindenden Mannes näher kennen lernen, und schon um dieser näheren Bekanntschaft willen, die erst ein völlig gerechtes Urteil ermöglicht, soll ihnen das Bändchen willkommen sein. Es fñtet und fñtet ein schmaler und nicht mal ein wenig, aber ein jeder Jelle die Sprache eines innerlich ergreifenden Mannes und wird darum jedem für stille Stunden ein guter Gesellschaftler sein.

Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslifers.

Ein Vortrag, gehalten von Berliner Arbeitern von Conrad Wertheim. In gemeinverständlich Weise gibt der Verfasser ein Gesamtbild der Wirtschaftsgeschichte der Menschheit. Er stellt dar:

Die Wirtschaft der Urwälder. — Die Wirtschaft der Romademoval. — Das Aufkommen der Stadt. — Die Wirtschaft der alten Kulturenationen. — Der Feudalismus, — das aufkommende Kapitalismus, — das entwickelte Kapitalismus. — Die Reime der sozialistischen Wirtschaft.

Die Prosaisten selbst, wie mit der solchen Entwicklung der modernen Kapitalismus auch die Zahl der Arbeiter verhältnismäßig sich zu Gewerkschaften angeschlossen, um ihre Interessen im modernen Wirtschaftlichen zu wahren. Der Vortrag ist daher geeignet, die Aufführungs- und Organisationsbestimmungen unter Gewerkschaften notwendig zu fördern und zu unterstützen. Der Preis ist 50 Pf. Zur Vereinfachung in Gewerkschaften und Parteistellen, auf der Vertiefung eine Organisationsgabe zu 20 Pf. hergestellt. Unfre Partei- und Verhandlungen und Parteipöfektoren liefern die Prosaisten.

Die Wüstros singt auch mit zu den in Berlin insizierten Wüstros-Extraktiven zwischen Götting und Wüstros resp. Einemal zu einem.

Im Verlage der Weingärtner-Verlagsanstalt A. G. in Leipzig ist eine neue geschmackvoll ausgestattete Broschüre, betitelt mit dem Titel „Die Wirtschaft der Menschheit“ erschienen. Diese enthält eine große Anzahl bisher unbekannter Jugend-Gedichte Manches nicht Jugendprosa und Biographie. Daselbst ist in der Hoffbuchhandlung, Geißhaff, 21, zum Preise von 50 Pf. erhältlich und verdient allgemeine Beachtung.

Rudolf Döbner schreibt in einer Besornte zu den Lieben eines faderben Schillers: Der Döbner Wittich gelaut

